

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

2. Sitzung, 20.06.1928

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 20. Juni 1928, vormittags 11 Uhr.

Tagesordnung: 1. Neuwahl der Beisitzer und Stellvertreter des Staatsgerichtshofes. (Anlage 2.)
2. Besprechung der Erklärung des Staatsministeriums.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Am Regierungstische: Ministerpräsident v. Findh, Staatsminister Dr. Driver und Dr. Willers, Ministerialrat Ostendorf I, Regierungsräte Dr. Fischer und Hartong.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte den Herrn Schriftführer, das Protokoll der letzten Sitzung zu verlesen. (Abg. Lahmann verliest das Protokoll.) Sind Einwendungen gegen das Protokoll zu erheben? Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich daselbe für genehmigt. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich mitteilen, daß dem Präsidium noch einige Eingänge zugegangen sind:

Eine förmliche Anfrage des Herrn Abg. Brodek:

Ist das Ministerium in der Lage und bereit, Auskunft zu geben, zu welchem Zinsfuß die Umschuldungskredite, die für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms vorgesehen sind, gegeben werden.

Falls Aussicht besteht, daß wir heute fertig werden, was sich bei dem Punkt 2 ergeben wird, werde ich die förmliche Anfrage unter Punkt 3 erledigen; sollten wir aber noch eine weitere Sitzung haben, dann setze ich die förmliche Anfrage auf die

Stenogr. Berichte. V. Landtag, 1. Versammlung.

Tagesordnung der nächsten Sitzung. Der Landtag ist damit einverstanden.

Ferner ist eingegangen ein selbständiger Antrag des Abg. Dr. Schulte:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, für die Klein- und Mittelbetriebe der Industrie einen größeren Betrag als Umschuldungskredite zum Zwecke der Umwandlung kurzfristiger Verbindlichkeiten in langfristige Darlehn zu einem mäßigen Zinssatz zur Verfügung zu stellen bzw. zu beschaffen.

Ich bitte diejenigen Abgeordneten, die den Antrag in Betracht ziehen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Wenn der Landtag noch zusammen bleiben sollte, möchte ich vorschlagen, daß sich der Ausschuß 3 konstituiert und zu diesem Antrage Stellung nimmt. Der Landtag ist einverstanden.

Ferner ist eingegangen ein dringlicher selbständiger Antrag des Abg. Themann. Er lautet:

Der Landtag wolle beschließen, daß den Siedlern, die in den nächsten Monaten auf dem Gute Giesenbrügge (Kreis Sodingo) an-

gesiedelt werden, je 500 M. für Frachtermäßigung des Umzugsgutes bewilligt werden. Es sind 9 Siedler.

Es wird nun darüber zu entscheiden sein, ob die Dringlichkeit anerkannt wird oder nicht. Ich gebe zur Begründung der Dringlichkeit Herrn Abg. Themann das Wort.

Abg. Themann: Meine Herren! Gestern hat der Landtag beschlossen, daß die Eingaben, die vorliegen, in dieser Sitzungsperiode nicht erledigt werden sollen, sondern erst beim Wiederzusammentritt im Winter. Da die Siedler bereits im August-September umziehen, so hätte die diesbezügliche Eingabe ihren Zweck verfehlt, wenn sie im nächsten Jahre beraten würde. Wenn sich aber ergeben sollte, daß sich der Ausschuß 3 konstituiert, dann ziehe ich die Dringlichkeit zurück.

Präsident: Das wird sich gleich ergeben. Es wird der Antrag dem Ausschuß 3 überwiesen. Der Landtag ist einverstanden.

Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein.

1. Gegenstand ist die

Wahl der Beisitzer und Stellvertreter des Staatsgerichtshofs.

Bisher waren als Beisitzer gewählt:
Direktor Hartong, Delmenhorst,
Bürgermeister Jordan, Delmenhorst,
Rechtsanwalt Dr. Reinke, Behta,
Amtsgerichtsrat Dr. Cordes, Cloppenburg
Oberlandesgerichtsrat Flor, Oldenburg,
Oberlandesgerichtsrat Dr. Klusmann, Oldenburg.

und als deren Stellvertreter:

Oberstudiendirektor Bortfeld, Oldenburg,
ParteiSekretär Frerichs, Rüstingen,
Schlossermeister Raschke, Rüstingen,
Oberlandesgerichtsrat Hoyer, Oldenburg,
Amtsgerichtsrat Zerhusen, Behta,
Landesgerichtsdirektor Woge, Oldenburg.

Hat der Landtag andere Vorschläge zu machen? Das Wort hat Herr Abg. Frerichs.

Abg. Frerichs: Wir schlagen vor, als Mitglied Bürgermeister Jordan und als Stellvertreter Abg. Frerichs wieder zu wählen.

Präsident: Wird sonst noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann würde die Liste unverändert bleiben.

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident v. Finckh: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß nach § 70 der Verfassung von den Beisitzern mindestens 3 dem ordentlichen Richterstande des Landes angehören müssen. Amtsgerichtsrat Cordes ist in den Ruhestand versetzt worden, er gehört also dem ordentlichen Richterstande nicht mehr an. Dafür muß wohl ein anderer gewählt werden.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Wempe.

Abg. Wempe: Bei dieser Sachlage schlage ich vor, den Amtsgerichtsrat Zerhusen zum Beisitzer und für Zerhusen den Landgerichtsdirektor Bothe zum Stellvertreter zu wählen.

Präsident: Werden noch andere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Ich bitte die Abgeordneten, die die Vorgeschlagenen wählen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Die Vorgeschlagenen sind gewählt.

Wir kommen zum 2. Gegenstand:

Besprechung der Erklärung der Staatsregierung.

Das Wort hat Herr Abg. Frerichs.

Abg. Frerichs: Meine Herren! Namens und im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben, die ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten hier verlesen werde:

Wir sind durch die Erklärung des Staatsministeriums, die hier gestern abgegeben ist, nicht befriedigt. Es ist richtig, daß durch die Wahl am 20. Mai die Parteien, die die jetzige Regierung gewählt haben, so geschwächt sind, daß sie nicht mehr die Mehrheit des Landtages bilden. Richtig ist ferner, daß verfassungsrechtlich für das Ministerium keine Verpflichtung besteht, nur der Neuwahl des Landtages wegen zurückzutreten. Die Regierung hat ferner erklärt, daß die Zusammensetzung des jetzigen Landtages eindeutige Mehrheitsverhältnisse nicht erkennen läßt. Das mag richtig sein, wenn man den Begriff „eindeutige Mehrheitsverhältnisse“ nur auf eine Partei anwenden will. Stellt man aber in den Mittelpunkt der Betrachtungen, wie das in den verflochtenen Jahren hier mehrfach geschehen ist, die Frage, ob ein parlamentarisches Ministerium oder ein solches ganz oder teilweise aus Fachministern bestehend gebildet werden soll, so darf gesagt werden, daß bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im Landtage die Möglichkeit der Bildung eines parlamentarischen Ministeriums durchaus gegeben ist, wenn die dafür in Betracht kommenden Parteien ernstlich dazu gewillt sind. Wir halten die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums grundsätzlich für richtig und notwendig.

Das Staatsministerium hat weiter erklärt, daß es sich bemüht habe, die Geschäfte des Landes in sachlicher, gerechter und die Gesamtinteressen des Landes und aller Stände, Berufe und Wirtschaftszweige berücksichtigenden Weise zu führen. Wir haben in den verflochtenen Jahren mehrfach Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß wir mit der Führung der Geschäfte durch das Staatsministerium nicht einverstanden waren. Das ist geschehen bei der Behandlung sozialer, finanzieller, kulturpolitischer und sonstiger Fragen. Zwar hat

das Staatsministerium seine Arbeiten unter dem Einfluß der Mehrheitsparteien des Landtages getätigt, wir haben aber keine Gewähr dafür, daß die Führung der Staatsgeschäfte durch das jetzige Ministerium in Zukunft unter Berücksichtigung der durch die Landtagswahl vom 20. Mai erfolgten Meinungsäußerung großer Teile der Bevölkerung erfolgen wird. Wir sind daher der Auffassung, daß eine Neubildung des Staatsministeriums, und zwar auf parlamentarischer Grundlage, erfolgen muß. Das Staatsministerium hat erklärt, daß es zum sofortigen Rücktritt bereit sei, wenn der Landtag sich über die Bildung einer neuen Regierung geeinigt habe. Eine Verständigung unter den nach unserer Meinung für die Neubildung des Staatsministeriums in Betracht kommenden Parteien konnte bisher nicht erzielt werden. Um Klarheit zu schaffen, stellen wir folgenden Antrag: Wir beantragen:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium hat nicht das Vertrauen des Landtages.

Präsident: Wird das Wort gewünscht? Das Wort hat Herr Abg. Schmidt.

Abg. Schmidt: Meine Herren! Die demokratische Fraktion des Landtages hat erwartet, daß die Regierung nach dem Ausfall der Wahlen ihre Aemter zur Verfügung stellen würde. Nach der gestrigen Erklärung tritt das Ministerium nicht zurück. Wir sind von der gestern gegebenen Erklärung des Staatsministeriums nicht befriedigt. Darum stimmen wir dem eben verlesenen Antrage zu. Wir tun das, weil wir Klarheit schaffen wollen, denn das parlamentarische System, was wir wünschen, verlangt Klarheit. Das Staatsministerium selbst gibt zu, daß eine eindeutige Mehrheit nicht zu finden ist. Um hier die notwendige Klarheit zu schaffen, unterstützen wir den von Herrn Abg. Frerichs verlesenen Antrag.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Wempe.

Abg. Wempe: Zu der gestrigen Kundgebung der Staatsregierung habe ich im Namen meiner politischen Freunde folgende Erklärung abzugeben, die ich ebenfalls verlesen zu dürfen bitte: Die Zentrumsfraktion hat vor 3 Jahren das im Amt befindliche Ministerium mit gewählt in der Zuversicht, daß es die Geschicke des oldenburgischen Landes in einer Weise leiten werde, die für die Gesamtheit des Volkes ersprießlich sei. Wir erkennen an, daß das Ministerium stets bestrebt gewesen ist, in pflichtbewußter, sachlicher Art, ohne parteipolitische Einseitigkeit die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. Die entsprechenden Darlegungen des Staatsministeriums nehmen wir zustimmend zur Kenntnis.

Das Ergebnis der Landtagswahlen hat die bisherige parlamentarische Grundlage der Staats-

regierung erschüttert und weiterhin die politische Lage unklar und verworren gemacht. Eine tragfähige Regierungsmehrheit ist nicht mehr vorhanden, und so kann sich auch das Zentrum nicht mehr im bisherigen Sinne als Koalitions- und Regierungspartei betrachten. Andererseits haben auch die bisher außerhalb der Koalition stehenden Parteien nicht einen derartigen Kräftezuwachs erhalten, daß sie in der Lage wären, von sich aus eine Umgestaltung der Staatsregierung herbeizuführen. Das Zentrum als Verfassungspartei ist auch angesichts der veränderten Lage bereit und gewillt, unter Berücksichtigung seiner Stellung im Landtage an den parlamentarischen Aufgaben verantwortlich mitzuarbeiten. Nachdem nun die Staatsregierung erklärt hat, daß die Mehrheitsverhältnisse im Landtage ihr keine zwingende Veranlassung zum Rücktritt zu bieten schienen, glaubt die Zentrumsfraktion, die Art ihrer künftigen Mitwirkung erst nach einer weiteren Klärung der Verhältnisse zwischen Staatsregierung und Landtag endgültig bestimmen zu können.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartong.

Abg. Hartong: Meine Herren! Ich kann mich im wesentlichen den Ausführungen meines Herrn Vorredners anschließen. Wir billigen insbesondere die Auffassung der Staatsregierung, daß sie erst in dem Augenblick, wo eine neue Regierung gebildet ist, bereit ist, zurückzutreten. Diese Auffassung der Regierung liegt meines Erachtens im dringenden Interesse des Landes. Ehe nicht diese Aufgabe vom Landtage gelöst ist, bedeutet es nicht Klarheit, wenn jetzt schon Tatsachen geschaffen werden sollen, ohne daß man weiß, was werden soll. Wir wissen aus Vorgängen in Berlin seit 1918 zur Genüge, welche Verworrenheit und Verwirrung dadurch entsteht, daß man kaput schlägt das, was man hat, ehe man weiß, was man an die Stelle setzen soll. Das heißt in unserem Sinne: Verantwortungslos am Lande handeln. Mögen sich Parteien zusammenfinden, die eine Regierung bilden wollen und die glauben, daß das Ergebnis der Wahlen dieses erfordert; uns soll es nur recht sein. Aber wir warnen dringend davor, etwas, was man hat, ich muß das wiederholen und unterstreichen, zu zerschlagen, ohne daß man dem Lande gegenüber sagen kann, was man an die Stelle setzen will, mag es aussehen, wie es will. Ich vermissen in der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion die Logik, wenn man sagt: Die Regierung habe erklärt, sie wolle zurücktreten in dem Augenblick, wo eine neue Regierung gesichert sei; eine Verständigung sei bisher nicht erzielt, es solle Klarheit geschaffen und daher müsse vorweg die Regierung beseitigt werden. Die Sozialdemokratie hat bisher stets konsequent den Standpunkt der reinen parlamentarischen Regierung verfolgt.

Es ist das eine Auffassungssache, in der wir uns von ihr trennen. (Zuruf: Im Reiche nicht!) Meine Herren, wir sind nicht im Reiche, sondern im oldenburgischen Landtage. Es kann überhaupt ja die Frage aufgeworfen werden, ob es für das Land nicht zweckmäßiger gewesen wäre, wenn, wie früher, Männer und nicht Parteien gewählt würden. (Widerspruch.) Ich lasse das aber unerörtert. Es hat keinen Zweck, sich darüber zu streiten, denn die verfassungsmäßigen Grundlagen sind andere. Das bedeutet aber nicht, daß in einem Lande, in dem mehr oder weniger nur noch Verwaltungsarbeiten zu leisten sind, unbedingt Parlamentarier, die plus-minus von den Geschäften nichts verstehen und die ihre sachkundigen Berater zur Seite haben müssen, die Regierung bilden müssen. Ich glaube, es liegt im Interesse des Landes und aller Parteien, wenn sachkundige Minister vorhanden sind, die ihr Ressort beherrschen, von Grund auf gelernt haben und in die ganze Verwaltung des Landes eine Objektivität hineinbringen, die eine reine Parteiregierung nicht bringen kann. Wir haben unsererseits bisher versucht, diesen Grundsätzen Rechnung zu tragen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Frerichs.

Abg. Frerichs: Meine Herren! Ein paar Worte. Ich habe nicht die Absicht, eine Schärfe in die Auseinandersetzungen hineinzutragen, aber eins darf ich dem Herrn Abg. Hartong doch sagen: Das Experiment, hätte ich beinahe gesagt, mit den Sachministern ist im Reich schon durchgeführt, und die Erfahrungen, die man dort gemacht hat, waren nach meiner Meinung auch nicht immer die besten. Im übrigen sagt Herr Hartong, daß er in unseren Ausführungen die Logik vermissen, und man solle nicht etwas kaputt schlagen, bevor man etwas anderes oder besseres habe. Ich habe vorher erklärt, daß die bisherigen Bemühungen um das Zustandekommen einer neuen Regierung erfolglos gewesen sind. Uns ist auch bekannt geworden, zwar nicht offiziell, aber inoffiziell, daß der Landeshof nicht geneigt ist, sich aktiv an einer Neubildung der Regierung zu beteiligen. (Zuruf Hartong: Sie wollen sich ja auch nicht beteiligen!) Ich muß Herrn Hartong sagen, daß er zunächst die letzte Behauptung nicht beweisen kann. (Zuruf Hartong: Sie die andere auch nicht!) Dann müßte schon der Gewährsmann, der es mir mitgeteilt hat, mich irregeführt haben. (Zuruf Hartong: Genau so bei mir!) Das ist denkbar, ich glaube aber, daß die Irreführung mehr auf jener Seite liegt. (Zuruf Hartong: Das ist Auffassungssache!) Kann sein. Wir sehen, meine Herren, nach den bisher vorgefallenen Dingen keinen anderen Weg mehr und haben diesen gewählt. Was aus dem Antrag werden soll, mag der Landtag entscheiden. Wir werden uns dann entsprechend einrichten müssen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Röver.

Abg. Röver: Meine Herren! Wir Nationalsozialisten stimmen grundsätzlich gegen das parlamentarische System. (Zwischenrufe.) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, Sie können nachher reden. Wir gehen in das Parlament, um nur für das Volk praktische Arbeit zu leisten. Da nehmen wir diese Gelegenheit sogleich beim Schopf, um praktische Arbeit zu leisten. Wir können es uns nicht erlauben, eine neue Regierung zu wählen, weil in Oldenburg nicht die große Außenpolitik gemacht wird, sondern Politik für unser oldenburgisches Ländchen. Es hat keine Außenpolitik zu leisten und auch keine große Innenpolitik. Hier handelt es sich um das Wohl und Wehe des Volkes. Wenn man dabei ist, eine neue Regierung auf dem Wege des parlamentarischen Systems zu bilden, so muß man sich fragen: Was heißt das? Das parlamentarische System von heute ist doch nur die Masse, und Masse ist immer Unsinn. Die alte Regierung, die wir bisher gehabt haben, ist keine Parteiregierung, sie war ein Beamtenministerium. Es hat den obwaltenden Umständen nach schlecht und recht gearbeitet. Das wollen wir gerne anerkennen. Wir haben kein Interesse daran, diese Leute nach Hause zu schicken und andere an ihre Stelle zu setzen. Das können wir uns nicht erlauben. Wenn wir eine neue Regierung wählen, kostet das Geld. Diejenigen, die heute abgebaut werden, sind Beamte, die pensioniert werden müssen mit 28 000—30 000 M. und noch mehr. Dann kommen drei neue von links, und was dann kommt, das haben wir zur Genüge gesehen. In allen Ländern, wo die Linke regiert, werden mit dem nötigen Parteibuch in die Ressorts welche nachgezogen, wieder abgebaut usw., siehe Braunschweig das Polizeipräsidium. Das können wir uns heute nicht erlauben. Wir lehnen daher den Antrag ab, weil wir uns ebenfalls dafür bedanken, international regiert zu werden. — Ich möchte hier noch die Charakterlosigkeit des Zentrums geißeln. Die Herren lassen einfach ihren Minister fallen, sie machen es wie im Reich, jetzt, wo der Rutsch nach links gegangen ist, versucht man den Fischfang mitzumachen. Wir lehnen diese Charakterlosigkeit ab und werden die Gelegenheit wahrnehmen, um dem Volke die Wahrheit zu sagen. (Beifall im Zuhörerraum.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. gr. Beilage.

Ich bitte die Damen und Herren auf der Bühne, nicht mitzuwirken, sonst muß sie geräumt werden.

Abg. Dr. gr. Beilage: Meine Herren! Ein großer Teil unserer Wähler ist mit den bisherigen Taten der jetzigen Regierung nicht immer einverstanden gewesen, wir haben aber das Vertrauen zu der Regierung, daß sie in Zukunft auch unseren



Wünschen gerecht wird. Wir werden deshalb gegen den Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten stimmen. Wir werden in Zukunft unser Verhalten gegenüber der Regierung von ihren Taten abhängig machen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Röder.

Abg. Röder: Meine sehr verehrten Herren! Die wirtschaftliche Vereinigung war bisher im Landtage nicht vertreten, sie hat darum auch die Regierung nicht wählen können. Wir sind der Auffassung, daß manche Maßnahme der Regierung nicht im Interesse der von uns vertretenen Wählerschaft des Mittelstandes war, wir sind aber auch weiterhin der Auffassung, daß bei der Neubildung einer Regierung, in der in hervorragendem Maße auf Grund der Fraktionsstärke die Sozialdemokraten ihren Einfluß ausüben würden, wo wir doch vom gewerblichen und überhaupt vom Mittelstand in wirtschaftlichen Fragen eine andere Auffassung und eine andere Weltanschauung haben, es wahrscheinlich nicht besser sein würde. Wir können daher dem Mißtrauensantrag für die Regierung nicht zustimmen. Wir werden natürlich die Maßnahmen und die Arbeiten der jetzigen Regierung von den von mir gekennzeichneten Gesichtspunkten aus beobachten und eine abwartende Stellung einnehmen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Wempe.

Abg. Wempe: Meine Herren! Eine Bemerkung des Abg. Röver zwingt mich zu einer kurzen Erwiderung. Die Töne, wie sie von der Seite erklingen sind, sind wir bisher im Landtage auch bei den schärfsten Debatten nicht gewöhnt gewesen. Ich bedaure, daß diese neuen Herren ihr erstes Auftreten dazu benutzen zu müssen glauben, um Beschimpfungen gegen eine Partei auszusprechen, die etwas länger als sie verantwortungsbewußt und auch sachlich sich an der politischen Arbeit beteiligt hat. Wenn Herr Röver glaubt, sich als freiwilliger Regierungskommissar hier einführen zu müssen, so ist das keine Sache; im Wahlkampf, so stelle ich fest, haben wir derartige Töne nicht gehört. Ich schließe damit, daß ich nochmals diese dem Zentrum zugefügte Beschimpfung auf das schärfste brandmarke und zurückweise.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Röver.

Abg. Röver: Meine Herren! Eine Beschimpfung des Zentrums liegt mir fern, wie das hier aufgefaßt wird. Ich habe nur die Charakterlosigkeit der Partei hervorgehoben. Wenn Sie einmal mit links arbeiten, das andere Mal mit rechts, so ist doch das charakterlos.

Präsident: Herr Abg. Röver, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß kein Mitglied des Hauses charakterlos ist. Ich muß Sie bitten, im

Stenogr. Bericht: V. Landtag, 1. Versammlung.

Rahmen der parlamentarischen Gepflogenheiten zu bleiben.

Abg. Röver: Es liegt mir fern, eine Person zu nennen, ich habe die Partei genannt.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung. Nachdem der Antrag des Abg. Frerichs vorliegt, kann ich die nächste Sitzung erst auf Sonnabend anberaumen, da nach § 40 der Antrag, dem Staatsministerium das Vertrauen zu versagen, 3 Tage vorher auf die Tagesordnung gestellt werden muß. Ich möchte vorschlagen, daß wir die nächste Sitzung am Sonnabend, 10 Uhr, abhalten. Wir können dann die Anträge, die heute eingegangen sind, mit erledigen. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß dem Ausschuß 3 noch 2 Anträge überwiesen werden, der Ausschuß 3 muß sich daher konstituieren.

Das Wort hat Herr Abg. Hartong zur Geschäftsordnung.

Abg. Hartong: Es sind Dinge, die in den Anträgen behandelt werden, die allen bisherigen Mitgliedern des Hauses geläufig sind. Es würde der Sache dienen, wenn nicht der eine Ausschuß tagt, sondern wenn, wir haben zwar früher damit keine guten Erfahrungen gemacht, aber hier bieten sich keine Schwierigkeiten, der Landtag sich als Ausschuß konstituiert. (Zuruf: Geht nicht!) Das geht wohl, da sich keine Schwierigkeiten bieten. Dann braucht kein Abgeordneter spazieren zu gehen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Frerichs zur Geschäftsordnung.

Abg. Frerichs: Ich möchte doch davor warnen. Wir haben im letzten Herbst damit schlechte Erfahrungen gemacht. Wenn die Angelegenheit dem Ausschuß 3 überwiesen wird, können ja alle Interessenten Gelegenheit nehmen, den Verhandlungen beizuwohnen und gegebenenfalls auch ihre Meinung zu sagen. Ich halte die Behandlung der Anträge im Ausschuß für fruchtbarer.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Röder.

Abg. Röder: Wir sind hier im Landtage mit allerlei Neulingen, die sich in die Materie erst einarbeiten müssen. Ich habe nach der ersten Sitzung erwartet, daß der Präsident die Ausschüsse einberufen würde, damit sie einen Vorsitzenden wählen und sich die Herren kennen lernen. Wenn wir uns einarbeiten wollen, geht es nicht gut, daß die Sachen im Plenum erledigt werden.

Präsident: Ich darf darauf hinweisen, daß nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, die Verhandlungen nicht so geordnet werden, wenn der ganze Landtag die Vorberatungen macht. Deswegen ist es zweckmäßig, wir halten daran fest, daß ein

Ausschuß die Anträge prüft. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß sich auch die übrigen Ausschüsse konstituieren, ich möchte aber nicht, nachdem wir gestern darüber beschlossen haben, daß die Eingaben jetzt behandelt werden.

Das Wort hat zur Geschäftsordnung Herr Abg. Hartong.

Abg. Hartong: Ich habe nur die Anregung geben wollen. Ich glaubte, daß die neuen Herren sich besser einarbeiten würden, wenn wir die An-

träge hier behandeln. Wenn es anders sein soll, bin ich auch einverstanden.

Präsident: Ich bitte die Abgeordneten, die dafür sind, daß die Anträge dem Ausschuß 3 überwiesen werden, sich zu erheben. — Geschieht. — Das ist beschlossen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß: 12 Uhr.)

